

NEWSLETTER

November/Dezember
2015



Nebahat Güçlü

Mitglied der
Hamburgischen
Bürgerschaft



WAS in Bürgerschaft und Ausschüssen WICHTIG WAR

- **„Verbesserung“ der Feststellung und Anerkennung von im Ausland erworbener Berufsqualifikationen – lässt weiter auf sich warten!**

In der Bürgerschaftsdebatte am 12. November und im Sozialausschuss am 26. November ging es um den Senatsantrag „Weitere Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“. Der Antrag hält nicht, was der Titel verspricht. Überhaupt keine Verbesserung, sondern lediglich eine Vereinheitlichung, eine technisch-bürokratische Umsetzung einer EU-Richtlinie, die zudem nur für Bürgerinnen und Bürger von EU-Mitgliedstaaten relevant ist und nicht für die aus Drittstaaten gilt.

- **Beschulung von Flüchtlingskindern – wird zum Schauplatz von Regierungs- vs. Opposition-Spielchen**

In der Bürgerschaft am 11. November war die Beschulung und die Ausbildungsmöglichkeiten von jungen Flüchtlingen Inhalt einer scharfen Debatte. In Machtspielen der Regierung und Vorwürfen der Opposition drohte sie den inhaltlichen Kern zu verlieren: Wichtig ist, dass die Politik die organisatorischen Rahmenbedingungen schafft, dass alle in dieser Stadt lebenden Kinder ihrer Schulpflicht nachkommen können, weil alle Kinder ein Recht auf Beschulung haben. Genau wie bei der Ausbildungsvorbereitung, die meines Erachtens nach auf bis zu 25jährige ausgeweitet werden sollte, gilt es ein bedarfsgerechtes Angebot anzubieten. AV-Dual bietet eine Grundlage, wichtiger noch ist aber

genügend Angebote, Deutsch zu erlernen – denn das ist der Schlüssel, mit dem Flüchtlinge sich Türen selber aufstoßen können.

- **HVV-Sozialticket – sollte seinen Namen verdienen!**

Am 11. November war in der Bürgerschaft ein weiteres wichtiges sozialpolitisches Thema auf der Tagesordnung: Das Sozialticket des HVV. Der Antrag der LINKEN, unter anderem mit der Forderung danach, das Sozialticket nicht teurer zu machen als die Höhe des Mobilitätsanteils im ALG II, wurde mehrheitlich abgelehnt. Auch ich plädiere aber für ein richtiges kostenfreies Sozialticket für Hartz IV-Empfängerinnen und Empfänger sowie andere, die sich die HVV-Preise nicht leisten können. In diesem Zusammenhang sind die Pläne, dass registrierte Flüchtlinge aus Zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen obligatorisch ein Ticket von 25€ von ihrem Taschengeld von 143 € abnehmen müssen, zu kritisieren.

- **Flüchtlingsgipfel und Sonderausschuss Flüchtlinge – der Senat weigert sich beharrlich**

Im Sozialausschuss am 26. November kamen unter anderem die Forderungen der CDU und der FDP nach einem Sonderausschuss für Flüchtlingskoordination und -integration und nach einem Flüchtlingsgipfel zur Debatte. Beides machte der Senat sich nicht zu eigen, obwohl ein Sonderausschuss für Flüchtlingsfragen ein großes Problem der Debatten der letzten Monate lösen könnte. Eine ganzheitliches und alles umfassendes Anpacken der vielen Facetten der Flüchtlingsthemen, die nun weiterhin auf diverse Ausschüsse verteilt sind. Beschlossen wurde nur eine dauerhafte Selbstbefassung des Sozialausschusses immer zu Beginn der Sitzungen. Auch ein schon lange geforderter Flüchtlingsgipfel wird nicht angestrebt, obwohl schon der Integrationsgipfel gezeigt hat, wie aus einer einmaligen politisch gewichtigen Veranstaltung heraus Zielzahlen und Ansätze entstehen können, die in dem Fall einem (Integrations)-konzept gemündet sind, mit dem jetzt echte auch überprüfbare Politik gemacht werden kann.